

RUSSLAND WÄHLT

Am Sonntag will Wladimir Putin wieder Präsident des Riesenlands werden. Was er bisher erreicht hat, empfiehlt ihn zwar kaum für den Job – liefert allerdings Stoff für einen kreativen Untergrund, der den Premier mit allen Mitteln der Kunst bekämpft

Putins eigene Wirklichkeit

Der starke Mann Russlands will als Präsident sein Land umkrempeln. Doch seine bisherige Bilanz lässt daran zweifeln

André Ballin, Moskau

Russlands Ministerpräsident scheint sich da vor ein paar Wochen selbst enttarnt zu haben. „Im Wahlkampf muss man alles versprechen, um zu gewinnen“, sagte Wladimir Putin, der sich am Sonntag erneut zum Staatschef wählen lassen will. Seitdem hat er in einer Reihe von Zeitungsartikeln Versprechen abgegeben – von Milliardeninvestitionen in die Armee über neue Jobs, höhere Löhne, mehr Demokratie bis zu einem besseren Leben für alle. Kann er zumindest einen Teil davon liefern? Die FT zieht Bilanz, was der starke Mann Russlands in den vergangenen zwölf Jahren an der Spitze des Landes erreicht hat.

> Kampf gegen die Korruption

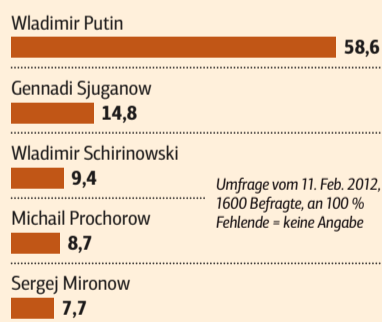
„Wir müssen die Korruption besiegen“, schreibt Putin in einem seiner Programmartikel. Das Problem ist nicht neu, „nicht Putin ist schuld an der Korruption“, wie sein Wahlkampfleiter Regisseur Stanislaw Goworuchin betont. Doch nicht neu ist auch das Versprechen Putins, dagegen vorzugehen. Bereits bei seinem Amtsantritt 2000 erklärte er den Russen, dass er gegen das Übel mit der „Diktatur des Gesetzes“ vorgehen werde. Gelingen ist das nicht: Über 80 Prozent der Russen empfinden das Niveau der Korruption in Umfragen als „hoch“. Die Mehrheit der Bevölkerung erklärte sogar, Schmiergelder hätten unter Putin noch zugenommen, eine Einschätzung, die der miserable Rang 143 von 182 Ländern im Korruptionsindex von Transparency International widerspiegelt. Doch auch die Aussagen der eigenen Behörden decken die Einschätzung: Sie taxieren den Umfang der Schmiergelder auf 300 Mrd. Dollar pro Jahr.

> Wirtschaftswachstum

Die ökonomische Bilanz Putins ist gemischt. Die Armut ist gesunken, es hat sich eine Mittelschicht gebildet. Russland ist, im Gegensatz zu vielen Euro-Ländern, fast schuldenfrei. Dies ist aller-

Eindeutiger Trend

Umfrage in Russland zu den Präsidentenwahlen am 4. März 2012, Stimmen in %



FTD/aw, Quelle: WZJOM



Viel versprochen, wenig gehalten: Moskau ist in diesem Winter voller Putin-kritischer Graffiti

Russlands kreative Revolutionäre

Die wachsende Unzufriedenheit mit Putin hat eine künstlerische Avantgarde nach oben gespült, die vor keiner Provokation zurückschreckt

Pauline Tillmann, Sankt Petersburg

Kunst ist Krieg. Zumindest für die russische Künstlergruppe Woina, zu Deutsch: Krieg. Schon seit 2005 machen sie ihre Aktionen – doch den Durchbruch schafften sie in der Nacht zum 14. Juni 2010. Wie in jeder Nacht gegen halb zwei sollte die Zugbrücke am Petersburger Boulevard Liteiny-Prospekt hochgeklappt werden, damit die Schiffe auf dem Fluss Newa durchfahren können.

Auch in jener Nacht klappte die Brücke nach oben – doch zuvor verteilten fünf Woina-Aktivistinnen innerhalb von 23 Sekunden weiße Emulsionsfarbe auf der Brücke. Nachdem die Brücke hochgeklappt worden war, zeigte ein 65 Meter großer Penis auf die Petersburger Zentrale des Inlandsgeheimdienstes FSB.

Das Symbol des Widerstands ging um die Welt, und Woina wurde über die Landesgrenzen hinweg populär. Im April 2011 bekam die Gruppe sogar den Preis des russischen Kulturministeriums für zeitgenössische Kunst in der Kategorie „Innovation“. Natürlich lehnten die Künstler die Auszeichnung ab – nahmen aber das Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro an und spendeten es einer Menschenrechtsorganisation. Genau diese Radikalität und Unverfälschtheit macht Woina für viele Russen glaubwürdig.

Nach Ansicht der Politikwissenschaftlerin Jelena Belokurowa ist diese Kreativität typisch für Russlands junge Protestgeneration. „Diejenigen, die auf die Straße gehen, sind Leute, die sich verwirklichen wollen“, sagt sie. Anders als die meisten Beobachter nennt sie die Proteste in Russland nicht „Revolte der Zufriedenen“,

weil sie vom Mittelstand getragen werden. Belokurowa spricht von der „kreativen Revolution“.

Die Metropole Sankt Petersburg ist ein Zentrum dieser Revolte. In der kulturellen Hauptstadt Russlands gibt es immer mehr Künstler, die mithilfe ihrer Kunst offen Kritik üben. Dabei muss es nicht immer so laut und aufsehenerregend sein wie bei Woina. Die Künstlervereinigung Tscho delat – „Was sollen wir tun?“ – ist das Gegenmodell dazu. Alexander Skidan

„Wir hatten alle das Gefühl, dass wir uns in einer Sackgasse befinden“

ALEXANDER SKIDAN, Performancekünstler

war von Anfang an dabei und hat am Manifest „Thesen zur Politisierung der Kunst“ mitgeschrieben. „Wir hatten alle das Gefühl, dass wir uns in einer Sackgasse befinden“, erklärt Skidan. „Zeitgenössische Kunst wurde auch schon damals vor allem dazu benutzt, das Kapital und den Status quo von neureichen Russen zu legitimieren.“ Das wollte man ändern. In einem Interview sagten die Frauen einmal, der Rote Platz sei der wichtigste Ort des Landes – und müsse daher besetzt werden, um wirklichen politischen Wandel herbeizuführen.

Wilder treten die Feministinnen von Pussy Riot auf, einer jungen Punkband aus Moskau, die Ende Januar mit einem Live-Auftritt auf dem Roten Platz für Aufmerksamkeit sorgte. In einem Interview sagten die Frauen einmal, der Rote Platz sei der wichtigste Ort des Landes – und müsse daher besetzt werden, um wirklichen politischen Wandel herbeizuführen.

dings mehr Russlands Reichtum an Rohstoffen geschuldet und der guten Weltkonjunktur, die die Preise dafür in die Höhe getrieben hat, als der Putin'schen Wirtschaftspolitik. Reformen hat der Premier kaum vorangebracht. Die versprochene Diversifizierung der Wirtschaft kommt nicht voran. Das Land ist noch immer vom Rohstoffexport abhängig. Neue Arbeitsplätze wurden vor allem in der Verwaltung geschaffen: Die Zahl der Beamten stieg in seiner Ära um über 60 Prozent. Gleichzeitig sichert Putin den Russen nun weniger Bürokratie zu und 25 Millionen neue Jobs im Hightechbereich. Wie er diese Versprechen einlösen will, bleibt offen.

> **Soziale Gerechtigkeit** Auch sein bereits 2000 erklärter Kampf gegen die superreichen Oligarchen zeigt keine Resultate, im Gegenteil: Inzwischen hat sich eine neue Kaste an Oligarchen gebildet, denen enge Verbindungen zum Premier selbst zugeschrieben werden. Dazu zählen die Milliardäre Gennadi Timtschenko, die Brüder Arkadi und Boris Rotenberg, Juri Kowaltschuk und Nikolai Schamalow. Und auch, wer vor 2000 schon reich war und sich als kremlnah erwiesen hat wie Oleg Deripaska, wurde unter der Regentschaft Putins noch reicher. Verurteilt wegen Betrugs wurde nur der Milliardär Michail Chodorkowski. Doch dabei ging es nicht um die Rücknahme der ungerechten Privatisierung in den 90er-Jahren, von denen einige wenige profitierten. Vielmehr war der Prozess politisch motiviert und zeigte auch, dass der Kreml bisher ein weiteres Versprechen Putins – eine unabhängige Justiz – nicht sonderlich ernst genommen hat.

> **Demokratie** Der wachsenden Protestbewegung hat Putin ebenfalls etwas versprochen. Die lokale Selbstverwaltung will er zur „Schule der Demokratie“ machen. Auch sollen die Gouverneure wieder direkt gewählt werden, aus einem Kreis von Kandidaten, die der Präsident aussucht. Dabei war es Putin selbst, der 2004 die Direktwahl der Gouverneure abgeschafft und die Herrschaftsstrukturen Russlands immer stärker zentralisiert hatte. Zudem versicherte er, dass am Sonntag Wahlbetrug unmöglich gemacht würde, dank Webkameras in den Wahlbüros und gläsernen Urnen. Doch die im Land verhasste Wahlleitung lässt Putin unangetastet. Dabei sind Experten der Ansicht, dass große Teile der Behörde korrupt sind und Stimmen fälschlicherweise der Regierungspartei zuschreiben. Selbst langjährige Vertraute Putins, wie Ex-Finanzminister Alexej Kudrin, nennen die Dumawahl manipuliert.

Vertrauensabstimmung über Italiens Reformen

Die italienische Regierung hat zur Beschleunigung von Reformplänen eine Vertrauensabstimmung im Senat für Donnerstag angekündigt. Mit dem Votum soll eine langatmige Debatte über 1700 Zusatzanträge vermieden werden. Premier Mario Monti will mit seinem Plan „Wachstum für Italien“ die Wirtschaft ankurbeln. Um den Wettbewerb zu fördern, sollen einige Branchen dereguliert werden. Das betrifft unter anderen Anwälte, Taxifahrer oder Apotheker. Es wird erwartet, dass die Regierung die Abstimmung im Senat gewinnt. Anschließend muss das Parlament darüber befinden. Endgültig verabschiedet werden soll das Paket in der zweiten Märzhälfte. REUTERS

Minsk droht Brüssel mit Sanktionen

Im Streit mit der Europäischen Union hat das autoritär regierte Weißrussland mit „angemessenen Gegenmaßnahmen“ gedroht, falls Brüssel weitere Sanktionen verhängen sollte. Zudem forderte Minsk, die EU müsse allgemein auf Strafmaßnahmen verzichten. Nur dann sei eine Normalisierung der Beziehungen möglich, sagte der Berater von Präsident Alexander Lukaschenko, Valentin Rybakow, am Donnerstag nach Angaben von Staatsmedien in Minsk. Der Abzug der EU-Botschafter aus der Ex-Sowjetrepublik sei „unangemessen“ gewesen, sagte Rybakow. Am Vortag hatten EU-Vertreter mit weiteren Sanktionen gedroht. DPA

Paris beschließt höhere Mehrwertsteuer

Das französische Parlament hat in der Nacht zum Donnerstag für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19,6 auf 21,2 Prozent votiert. Damit befindet sich der Steuersatz weiter im europäischen Mittelfeld. Mit den Mehreinnahmen sollen Sozialabgaben auf niedrige Einkommen gesenkt werden. Die mit der Mehrheit des bürgerlichen Lagers beschlossene Erhöhung stieß auf Widerstand der oppositionellen Sozialisten, die sie als unsozial ablehnten. Staatschef Nicolas Sarkozy hatte die Erhöhung unter anderem damit begründet, dass er die Unternehmen bei den Lohnnebenkosten entlasten wolle, um deren Abwanderung ins Ausland zu stoppen. Das Parlament billigte auch den Nachtragshaushalt 2012. DPA

EU will Medikamente schneller zulassen

Medikamente in Europa sollen nach dem Willen der EU-Kommission deutlich schneller auf den Markt kommen. Die Festlegung des Preises und Entscheidungen zu Kostenerstattungen für neue Produkte sollten höchstens 120 Tage dauern. Für günstigere Varianten bestehender Medikamente (Generika) soll dies maximal 30 Tage beanspruchen. Dazu präsentierte die Brüsseler Behörde am Donnerstag in Brüssel einen Gesetzesvorschlag. Nach der grundsätzlichen EU-weiten Zulassung von Medikamenten entscheiden die EU-Länder über Preise und Zuschüsse. Dies dauere aber viel zu lange, monierte EU-Industriekommissar Antonio Tajani. DPA

Konservative setzen sich für Timoschenko ein

Die konservative Europäische Volkspartei (EVP) fordert die Freilassung der inhaftierten früheren Regierungschefin der Ukraine, Julia Timoschenko. Bei einem EVP-Treffen vor dem EU-Gipfel am Donnerstag in Brüssel sei das Schicksal der im Oktober wegen Amtsmisbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilten Timoschenko ein zentrales Thema gewesen, sagte EVP-Vizepräsident Peter Hintze (CDU). Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstütze die Forderung. Die EU und die USA hatten das Verfahren gegen Timoschenko als politisch motiviert kritisiert. DPA